

**Sachlicher Teil-FNP „Windenergieanlagen“ für die Gemeinde Am Mellensee – 2. Entwurf  
Abwägungsprotokoll zur Beteiligung der Behörden und TÖB – Stand 23.01.2014**

**Abwägungsrelevante Sachverhalte sind mit einem Punkt gekennzeichnet!**

<b>Stellungnahme, Anregung, Hinweis</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>	<b>Beschluss Gemeinde</b>
<b>1. Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg</b>	<b>Stellungnahme vom 12.12.2013</b>	
Die Mitteilung der Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung erhielten Sie mit Schreiben vom 22.08.2011. Zudem nahmen wir zum Planentwurf (Stand April 2012) im Rahmen der Beteiligung der Behörden mit Schreiben vom 21.06.2012 Stellung. Darauf Bezug nehmend teilen wir Ihnen mit, dass dem nun vorliegenden Entwurf Ziele der Raumordnung zwar nicht entgegenstehen.		
<u>Sonstige Erfordernisse der Raumordnung</u> Mit der Einleitung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Havel-land-Fläming 2020 (RegPlan-Entwurf H-F) am 11.06.2012 liegen in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung vor, die in der Fassung des 2. Entwurfs vom 24.10.2013 als sonstige Erfordernisse der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen sind. Dem in Aufstellung befindlichen Ziel 3.2.1 RegPlan-Entwurf H-F zufolge sollen eine geordnete und konzentrierte Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen in den Eignungsgebieten für die Windenergienutzung (WEG) gewährleistet werden und außerhalb der WEG die Errichtung raumbedeutsamer Vorhaben zur Nutzung der Windenergie ausgeschlossen sein. Für Ihr Gemeindegebiet weist der RegPlan-Entwurf H-F nur westlich von Gadsdorf einen Anteil von ca. 30 ha am gemeindeübergreifenden WEG Nr. 31 „Trebbin-Lüdersdorf“ aus. Im 2. Entwurf ihres sachlichen Teil-Flächennutzungsplans „Windenergieanlagen“ (TFNP Windenergieanlagen) ist in dem im RegPlan-Entwurf H-F ausgewiesenen Bereich keine Fläche zugunsten der Windenergienutzung dargestellt. Stattdessen enthält der TFNP Windenergieanlagen eine Sonderbaufläche „Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung“ „Zwischen den Schießbahnen“ in einem Bereich, der gemäß RegPlan-Entwurf H-F von der Windenergienutzung gerade frei gehalten werden soll.	Sachinformation, keine Abwägung möglich.	
Der TFNP Windenergieanlagen steht nicht im Einklang mit den in Aufstellung befindlichen Zielen des RegPlan-Entwurf H-F und es ist zu befürchten, dass die Planung die Verwirklichung der vorgesehenen Ziele der Raumordnung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würde.	Sachinformation, keine Abwägung möglich.	

<b>Stellungnahme, Anregung, Hinweis</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>	<b>Beschluss Gemeinde</b>
<p><u>Untersagungsverfahren</u></p> <p>Bereits in unserem Schreiben vom 21.06.2012 haben wir mitgeteilt, dass bei Beibehaltung der Planungsabsicht die Durchführung eines Untersagungsverfahrens gemäß § 14 ROG und Art. 14 Landesplanungsvertrag in Betracht gezogen wird.</p> <p>Aus Ihrem Beschluss des hier bewerteten 2. Entwurfs des Sachlichen Teil- Flächennutzungsplans „Windenergieanlagen“ vom 18.09.2013 wird deutlich, dass Sie Ihre Planungsabsicht, die weiterhin mit Konflikt mit den in Aufstellung befindlichen Zielen des nunmehr 2. Entwurfs des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 steht, beibehalten.</p> <p>Daher wird die Gemeinsame Landesplanungsabteilung ein Untersagungsverfahren gemäß § 14 Abs. 2 ROG i.V.m. Art. 14 Landesplanungsvertrag mit dem Ziel einleiten, Ihnen die Weiterführung des Aufstellungsverfahrens des Sachlichen Teil- Flächennutzungsplans „Windenergieanlagen“ zu untersagen.</p>	Sachinformation, keine Abwägung möglich.	
<b>2. Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming</b>	<b>Stellungnahme vom 18.12.2013</b>	
1. Formale Hinweise		
<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13) Träger der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region. Früher Regionalpläne sind für rechtsunwirksam erklärt worden.</p> <p>Mit Beschluss der Regionalversammlung vom 02. September 2004 ist die Aufstellung eines integrierten Regionalplans mit Ausrichtung auf das Jahr 2020 eingeleitet worden. Auf der Regionalversammlung am 26. April 2012 wurde die Eröffnung des Beteiligungsverfahrens gemäß § 10 Abs. 1 Raumordnungsgesetz i.V.m. § 2 Abs. 3 Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung beschlossen. In Aufstellung befindliche Ziele und Grundsätze der Regionalplanung sind als sonstige Erfordernisse bei der Aufstellung von Bauleitplänen bzw. als öffentliche Belange bei der Beurteilung der Zulässigkeit von Vorhaben in der Abwägung bzw. bei der Ermessensausübung zu berücksichtigen (§ 4 Abs. 2 ROG). Der 2. Entwurf des Regionalplans havelland-Fläming 2020 wurde durch die Regionalversammlung am 24.10.2013 beschlossen. Das öffentliche Beteiligungsverfahren wird voraussichtlich am 09.12.2013 beginnen.</p>	Information, keine Abwägung erforderlich.	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
2. Regionalplanerische Belange		
<p>Auch nach dem nunmehr am 24.10.2013 durch die Regionalversammlung bestätigten 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 ist im Gebiet der Gemeinde Am Mellensee ein Teilbereich der Gemarkung Gadsdorf als Eignungsgebiet für Windenergienutzung WEG 31 „Lüdersdorf-Trebbin“ dargestellt.</p> <p>Wir vermissen eine diesbezügliche Argumentation auch weil nach den von der Gemeinde gewählten Planungskriterien eine weitgehend mit dem Regionalplan übereinstimmende Potenzialfläche gefunden wird.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Gemarkungsteil Gadsdorf ermittelte Potenzialflächen für Windenergienutzung werden mit folgenden Argumenten <u>nicht als Konzentrationsfläche</u> für die Windenergienutzung dargestellt: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nichterfüllung des Kriteriums einer Mindestgröße von 100 ha in der Gemarkung Am Mellensee.</li> <li>- Weiteres Heranrücken der WEA an den Siedlungsbereich Gadsdorf.</li> <li>- Heranrücken der WEA-Nutzung an NSG und FFH-Gebiete.</li> <li>- Eingeschränkte Zulässigkeit der Bauhöhe wegen der Luftverteidigungs-Radaranlage Berlin-Tempelhof.</li> </ul> </li> </ul>	
<p>Wie bereits mit unserer vorangegangenen Stellungnahme mitgeteilt, ist die von der Gemeinde als Konzentrationsfläche ausgewählte Fläche im Regionalplan nicht als Eignungsgebiet für die Windenergienutzung vorgesehen. Die ausgewählte Konzentrationszone ist vielmehr nach Plansatz 3.1.2 (Z) im prägenden Teilraum regionaler Landschaftseinheiten 3.1.2.4.9b Luckenwalder-Kummersdorfer-Wünsdorfer Heide: Heeresversuchsanstalt Kummersdorf gelegen. Das Gelände der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Kummersdorf ist eine historische Kulturlandschaft mit denkmalgeschützten Schießbahnen, Artilleriezielen, Versuchsanlagen und Pionierbauwerken.</p> <p>Raumbedeutsame Maßnahmen, die zu einer Entstellung empfindlicher Teilräume regionaler Landschaftseinheiten führen können, sind zu unterlassen. In den empfindlichen Teilräumen ist die Festsetzung regionaler Eignungsgebiete für die Windenergienutzung nach Kriterium 3.2.1.2.3 ausgeschlossen.</p> <p>Der Planentwurf steht somit weiter im Widerspruch zu sonstigen Erfordernissen der Raumordnung. Nach Art. 14 des Landesplanungsvertrages kann durch die Gemeinsame Landesplanungsbehörde eine Untersagung im Betracht gezogen werden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Gemeinde Am Mellensee hält an der Darstellung der Konzentrationsfläche „Zwischen den Schießbahnen“ fest. Für die Bürger der Gemeinde ist es nicht nachvollziehbar, inwiefern <ul style="list-style-type: none"> <li>- die geplanten WEA den Denkmalschutzbereich der ehem. Heeresversuchsanstalt mit den Beton- und bunkerbauten auf den Schießbahnen beeinträchtigen,</li> <li>- Hinterlassenschaften der Militärgeschichte mit allen bekannten negativen Auswirkungen auf die Menschen der damaligen Zeit höher bewertet werden, als Ansätze einer wirtschaftlichen Entwicklung im Raum – WEA bringen Einnahmen zur Sanierung des Militärgeländes</li> </ul> </li> </ul>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
	ländes, ohne die eine Zugänglichkeit des Gebiets nicht hergestellt werden kann.	
<b>3a. Landkreis Teltow-Fläming (LK TF)</b>	<b>Stellungnahme vom 26.11.2013</b>	
<b>Bedenken und Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und Rechtsgrundlage: Kreisentwicklungsamt</b>		
Die Methodik und Begründung der Ermittlung von Konzentrationsflächen für die Windkraftanlagen ist mit dem vorliegenden Planentwurf gemäß dem aus der aktuellen Rechtsprechung abgeleiteten Planungsablauf weiterentwickelt worden. Ergänzend zur Stellungnahme zum Planentwurf von April 2012 ergeben die nachfolgenden Hinweise.	Feststellung, keine Abwägung.	
Zunächst wird mitgeteilt, dass die Regionalversammlung Havelland-Fläming am 24.10.2013 den 2. Entwurf zum Regionalplan (RP) bestätigt und die Eröffnung des erneuten Beteiligungsverfahrens beschlossen hat. Dieses wird voraussichtlich ab dem 9. Dezember 2013 für die Dauer von zwei Monaten durchgeführt. Die Planungsunterlagen sind über die Homepage der Regionalen Planungsgemeinschaft bereits einzusehen.	Information, keine Abwägung erforderlich.	
Der 2. Entwurf des RP weist für die Gemeinde Am Mellensee unverändert eine Teilfläche des gemeindeübergreifenden Windeignungsgebiets WEG 31 – Trebbin-Lüdersdorf aus. Darüber hinaus liegt die im FNP-Entwurf ermittelte Konzentrationszone danach weiterhin innerhalb des von der Windkraftnutzung auszuschließenden empfindlichen Teilraums (historische Kulturlandschaft) „ehemalige Heeresversuchsanstalt Kummersdorf“.	Information, keine Abwägung erforderlich.	
Zu einzelnen, gegenüber dem 1. Entwurf des FNP vorgenommenen Änderungen im Planungskonzept ergeben folgende Anmerkungen: - Der Verzicht auf die Darstellung der Konzentrationsfläche „Gadsdorfer Höhe“ führt zur weiteren Abweichung von dem in Aufstellung befindlichen Regionalplan, der hier einen Teilbereich des Windeignungsgebiets WEG 31 ausweist. In diesem Zusammenhang erscheint die Übernahme des Abgrenzungskriteriums 100 ha-Mindestgröße aus dem Regionalplanentwurf einerseits und dessen restriktive Anwendung auf gemeindliche Teilflächen andererseits rechtlich nicht belastbar.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Im Gemarkungsteil Gadsdorf ermittelte Potenzialflächen für Windenergienutzung werden mit folgenden Argumenten <u>nicht als Konzentrationsfläche</u> für die Windenergienutzung dargestellt: <ul style="list-style-type: none"> <li>Nichterfüllung des Kriteriums einer Mindestgröße von 100 ha in der Gemarkung</li> </ul> </li> </ul>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bei der Präzisierung und Erweiterung des „harten“ Tabu-Kriteriums Abstand zu Siedlung mit Wohn- und Erholungsnutzung erfolgt keine eindeutige Ableitung und Begründung aus rechtlichen Vorgaben.</li> <li>- Die Berücksichtigung der Hochspannungstrassen mit seitlichem Abstand erfolgte auch im 1. Entwurf bereits unter den „weichen“ Tabu-Kriterien. Hier war mit Bezug auf entsprechende Rechtsprechung eine Prüfung der Einordnung in die „harten“ Kriterien angeregt worden.</li> </ul>	<p>kung Am Mellensee.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Weiteres Heranrücken der WEA an den Siedlungsbereich Gadsdorf.</li> <li>- Heranrücken der WEA-Nutzung an NSG und FFH-Gebiete.</li> <li>- Eingeschränkte Zulässigkeit der Bauhöhe wegen der Luftverteidigungs-Radaranlage Berlin-Tempelhof.</li> </ul>	
<p>Die Rechtsgrundlagen auf den S. 6-7 der Begründung haben folgende Aktualisierungen erfahren, die entsprechend zu übernehmen bzw. zu ergänzen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- BauGB..., zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548),</li> <li>- BauNVO..., zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548),</li> <li>- BNatSchG..., zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 100 vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154),</li> <li>- BbgNatSchAG vom 21.01.2013 (GVBl. I/13 Nr. 21),</li> <li>- BImSchG in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02.07.2013 (BGBl. I S. 1943).</li> </ul> <p>Die korrekte Abkürzung für die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) lautet PlanZV.</p>	<p>Hinweise, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Es erfolgen die entsprechenden Anpassungen der Auflistung der Gesetze an die aktuelle Rechtslage.</p>	
<p>Die im Ergebnis der bauplanungsrechtlichen Prüfung erfolgten Darlegungen sind beispielhaft und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p>	
<p><b>3b. Landkreis Teltow-Fläming – untere Denkmalschutzbehörde</b></p>	<p><b>Stellungnahme vom 18.10.2013</b></p>	
<p>Die untere Denkmalschutzbehörde hält an ihren Stellungnahmen vom 30.08.2011, 31.05.2012 und 07.08.2012 fest. Auf der ausgewiesenen Fläche sind Windkraftanlagen unzulässig. Dies wird begründet mit (vollständige Stellungnahme siehe <b>Anlage!</b>):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bei der Heeresversuchsanstalt Kummersdorf handelt es sich um ein Denkmal mit verschiedenen Objekten und Strukturen.</li> <li>- Das Denkmal Heeresversuchsanstalt Kummersdorf als wesentlicher Bestandteil einer schützenswerten Kulturlandschaft.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Gemeinde Am Mellensee hält an der Darstellung der Konzentrationsfläche „Zwischen den Schießbahnen“ fest. Für die Bürger der Gemeinde ist es nicht nachvollziehbar, inwiefern</li> <li>- die geplanten WEA den Denkmalschutzbereich der ehem. Heeresver-</li> </ul>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bezug auf Regionalplan-Entwurf: WEG 32 nordöstlich der Schießbahn West reizt das verträgliche Maß in Beziehung auf das Denkmal bereits vollständig aus.</li> <li>- Es wird bezweifelt, dass die Erträge aus der Windenergienutzung dem Denkmal zugutekommen.</li> </ul>	<p>suchsanstalt mit den Beton- und bunterbauten auf den Schießbahnen beeinträchtigen, noch dazu, da die geplante Konzentrationsfläche das Denkmal nicht überplant,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Hinterlassenschaften der Militärgeschichte mit allen bekannten negativen Auswirkungen auf die Menschen der damaligen Zeit höher bewertet werden, als Ansätze einer wirtschaftlichen Entwicklung im Raum – WEA bringen Einnahmen zur Sanierung des Militärgeländes, ohne die eine Zugänglichkeit des Gebiets nicht hergestellt werden kann.</li> </ul>	
<b>3c. Landkreis Teltow-Fläming - Landwirtschaftsamt</b>	<b>Stellungnahme vom 17.10.2013</b>	
Zur Aufstellung des teil-FNP in der vorgelegten Fassung werden nach bestehendem Kenntnisstand keine Bedenken geäußert.	Keine Bedenken, keine Abwägung erforderlich.	
<b>3d. Landkreis Teltow-Fläming - Ordnungsamt</b>	<b>Stellungnahme vom 04.11.2013</b>	
Nach Prüfung der von uns wahrzunehmenden öffentlichen Belange im Bereich des Ordnungsamtes ergeben sich hinsichtlich des Vorhabens seitens des Brand- und Katastrophenschutzes folgende Forderungen (F) und Hinweise (H):		
Zur Sicherstellung des Funkverkehrs im Brand- und Katastrophenschutz betreibt der Landkreis Teltow-Fläming ein Gleichwellenfunknetz, Richtfunkstrecken, ein Relaisstellenfunknetz sowie ein Netz zur digitalen Alarmierung. Durch die Rotormaterialien, die Rotorbewegungen und die Höhe der Windkraftanlagen kann es zur Reflektion und Streuung und damit zu einer Störung von elektromagnetischen Wellen kommen. Die Funkanlagen des Landkreises TF arbeiten zudem in einem Frequenzbereich, in dem eine Wellenausbreitung größtenteils nur noch quasioptisch möglich ist. Demzufolge müssen für einen störungsfreien Funkverkehr unsere Funkstrecken hindernisfrei sein. Vorsorglich sollten somit keine Windkraftanlagen in der Nähe unserer Funkanlagen und Funkstrecken errichtet werden. Ferner sollten Schutzzonen festgelegt werden. Um Funkstörungen bei unseren Richtfunkstrecken zu vermeiden ist zudem sicherzustellen,	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Darstellung der Konzentrationsfläche „Zwischen den Schießbahnen“ wird beibehalten.</li> </ul> <p>Prüfungen, inwieweit die einzelne WEA den Funkverkehr beeinträchtigen kann, erfolgen auf der Ebene der Bebauungs- bzw. Genehmigungsplanung, wenn Anzahl und genaue Standorte der WEA bekannt sind.</p>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>dass kein Teil der Windenergieanlage in das Funkfeld hineinragt und die Funkstrecken unterbricht. Für eine ungestörte Ausbreitung des Funkfeldes sollten Schutzbereiche in einem Abstand von beidseitig 50 m entlang des Richtfunkstrahls samt Fresnelzone mit einem generellen Bauverbot festgesetzt werden.</p> <p>Beeinträchtigungen könnten unter Umständen zu erheblichen Folgen führen, z.B. bei der Sicherstellung des nichtpolizeilichen BOS-Funkverkehr und der Alarmierung der Einsatzkräfte im Brand- und Katastrophenschutz.</p> <p>Für den Bau zusätzlicher Funkanlagen würden dem Landkreis TF hohe Kosten entstehen. Allein schon eine Reduzierung der Reichweiten der digitalen Alarmumsetzer des Landkreises TF würde beachtliche Kosten verursachen. In diesem Falle wäre der Bau weiterer Alarmumsetzer unumgänglich, da das Alarmierungsnetz keine Lücken aufweisen darf.</p>		
<p>(F) Die Frage möglicher Funkstörungen ist vor dem Bau von Windenergieanlagen durch den Antragsteller zu untersuchen. Die für eine Prüfung notwendigen Angaben sind bei uns anzufordern. Zudem können durch eine gründliche Prüfung spekulative Überlegungen ausgeschlossen werden, dies dürfte für alle Beteiligten von Vorteil sein.</p>		
<p>Für den Fall, dass Störwirkungen erst nach dem Bau der Anlagen auftreten, hat der Anlagenerrichter die Kosten für eine Neuausrichtung der Antennen bzw. für einen Neubau einer Funkstelle in vollem Umfang zu tragen. Bei immer höher werdenden Windkraftanlagen ist mit einer Zunahme von Störungen zu rechnen.</p>		
<p>Weiterhin verweise ich auf das Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen vom 18.08.2009 8A613/08, in dem die Deutsche Telekom im Rahmen einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von Windkraftanlagen des Typs Enercon E-66/18.70 davon ausgeht, dass es zu Beeinträchtigungen der Funkversorgung kommen kann.</p> <p>Im Übrigen werden mögliche Beeinträchtigungen unserer Funkanlagen vom Schutzbereich des § 35 (3) Satz 1 Nr. 8 BauGB erfasst.</p>		
<p><b>3e. Landkreis Teltow-Fläming - Straßenverkehrsamt</b></p>	<p><b>Stellungnahme vom 23.10.2013</b></p>	
<p>Es bestehen keine weiteren Forderungen.</p>	<p>Keine Abwägung.</p>	
<p><b>3f. Landkreis Teltow-Fläming – Bauamt/Straßenwesen</b></p>	<p><b>Stellungnahme vom 21.10.2013</b></p>	
<p>Wie in der Begründung korrekt erläutert sind nachfolgende Kreisstraße im Geltungsbereich des Sachl. Teil-FNP betroffen:</p>		

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>K 7226, K 7227, K 7228 und K 7229.</p> <p>Seitens des Sachgebiets Straßenwesen bestehen keine Bedenken zur Planung.</p> <p>Auf § 24 BbgStrG wird hingewiesen.</p>		
<b>3g. Landkreis Teltow-Fläming – Untere Bauaufsichtsbehörde</b>	<b>Stellungnahme vom 12.11.2013</b>	
<p>Aus bauordnungsrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.</p>	Keine Abwägung.	
<b>3h. Landkreis Teltow-Fläming – Untere Naturschutzbehörde</b>	<b>Stellungnahme vom 25.11.2013</b>	
<p>Einwendung:</p> <p>Bei Aufstellung eines FNP oder wesentlicher Änderungen des FNP oder Teil-FNP, wie hier der Fall, ist ein Landschaftsplan (LP) aufzustellen oder fortzuschreiben (entsprechende Ergänzung und Überarbeitung). Grundsätzlich werden dann die Darstellungen des LP nach § 11 Abs. 3 BNatSchG sowie nach §§ 1 Abs. 6 und 7 und 5 Abs. 2 BauGB abgewogen und in einem zweiten Schritt in den FNP aufgenommen.</p> <p>Bezüglich des Landschaftsplans wird darauf hingewiesen, dass gem. § 9 Abs. 4 BNatSchG auch die Landschaftsplanung fortzuschreiben ist. Dies gilt jedoch nur dann, wenn wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum vorgesehen oder zu erwarten sind. Diese ist hier der Fall, eine Fortschreibung als räumlicher Teilplan ist erforderlich.</p> <p>Die von der Gemeinde Am Mellensee gesondert eingereichte Fortschreibung des LP als räumlicher Teilplan entspricht noch nicht vollständig den fachlichen Anforderungen, um die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege in entsprechender Form in die Abwägung einstellen zu können. Die Fortschreibung des LP gilt noch nicht als aufgestellt (Schreiben der UNB vom 29.10.2013).</p> <p>Der vorliegende LP-Vorentwurf muss entsprechend der gesonderten Stellungnahme der UNB vom 06.12.2012 überarbeitet werden, er gilt noch nicht als aufgestellt.</p> <p>Demzufolge ist die Übernahme der Inhalte des LP in den FNP oder deren zu begründende Nichtberücksichtigung unvollständig und bisher noch nicht entsprechend den Erfordernissen möglich.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Fortschreibung des Landschaftsplans wird entsprechend der Forderungen präzisiert und der UNB erneut eingereicht.</p>	
<p>Möglichkeiten der Überwindung:</p> <p>Es ist ein räumlicher Teilplan, der den fachlichen Anforderungen genügt, als Fortschreibung des LP zu erarbeiten, die Darstellungen sind in den FNP zu übernehmen oder bei</p>		



Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
Nichtübernahme ist dies entsprechend zu berücksichtigen.		
<p>Sonstige Hinweise:</p> <p>1. Wie den Unterlagen zu entnehmen ist, wurde eine Präzisierung der Biotoptypenkartierung vorgenommen. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass keine Biotoptypen mit Schutzstatus vorhanden sind bzw. sich zwischenzeitlich auch nicht entwickelt haben. Die Bruchwälder im Nordwesten wurden mit dem 2. Entwurf des sachlichen Teil-FNP aus der Konzentrationsfläche für Windenergieanlagen ausgenommen. Schutzgebiete gemäß Naturschutzgesetzgebung sind innerhalb der Konzentrationsfläche ebenfalls nicht vorhanden.</p>	Feststellungen, keine Abwägung erforderlich.	
<p>2. Artenschutzrechtliche Hinweise:</p> <p><u>a. Vögel:</u></p> <p>Es gibt derzeit keine Hinweise darauf, dass das Eignungsgebiet gegen artenschutzrechtliche Tabu-Kriterien nach den TAK verstößt.</p> <p>Östlich des geplanten Eignungsgebiets befinden sich allerdings, wie bereits mitgeteilt, nach derzeitigem Kenntnisstand mehrere Ziegenmelkerreviere. Monitoring-Ergebnisse aus dem Windpark „Heidehof“ legen nahe, dass Ziegenmelker von WKA aus ihren Revieren verdrängt werden. Die aktuellsten Ergebnisse des Monitorings sollten beim LUGV recherchiert und entsprechend berücksichtigt werden. Es ist ansonsten nicht auszuschließen, dass der Tatbestand der erheblichen Störung gem. § 44 Abs. 1 Pkt. 2 BNatSchG erfüllt wird. Dies gilt unabhängig davon, ob der Ziegenmelker in den TAK genannt wird. Es sind nach der Rechtsprechung des BVerwG die aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnisse bei der Beurteilung naturschutzrechtlicher Tatbestände zu verwenden. Spätestens der folgende verbindliche Bauleitplan hat sich mit der Problematik auseinanderzusetzen.</p> <p><u>b. Fledermäuse/FFH-Verträglichkeit:</u></p> <p>Es ist damit zu rechnen, dass die ausgewählte Fläche für Fledermäuse eine besondere Bedeutung im Sinne der Anlage 1 zum aktuellen Windkrafterlass hat und einen Teil der dort genannten Kriterien erfüllt. Dies kann mit Restriktionen bei der Errichtung bzw. beim Betrieb der Anlagen verbunden sein.</p> <p>Die Gemeinde muss sich bei Ausweisung der Fläche als Eignungsgebiet dieser möglichen Restriktionen bewusst sein, die auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung zu beleuchten sind.</p> <p>Begründung:</p>	<p>Hinweise, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Weitere artenschutzrechtliche Prüfungen werden auf der Ebene der Bebauungsplanung verbindlich erfolgen, wenn Anzahl, Größe und genaue Standorte der Einzel-WEA bekannt sind.</p> <p>Dabei wird der Fledermausschutz eine besondere Berücksichtigung finden.</p>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>Das Waldgebiet mag zwar von der Struktur her ein naturferner Kiefernforst sein; dies sagt aber nach den inzwischen zahlreich vorliegenden Studien zur Fledermausfauna in solchen Gebieten noch wendig über deren Besiedelung durch Fledermäuse aus. Wgen der angrenzenden Strukturreichen Wälder der ehemaligen Schießbahn und der nahe liegenden wahrscheinlich insektenreichen Offenflächen und Feuchtgebiete, ist mit einer überdurchschnittlichen Besiedelung des Forstes durch Fledermäuse zu rechnen. Es können daher sowohl Quartiere mit größeren Individuenzahlen vorhanden sein als auch Flugkorridore und Jagdgebiete, von denen Abstände einzuhalten sind.</p> <p>Die Ermittlung von Eignungsgebieten für WKA erfolgt in der Regel ohne ausreichende Kenntnisse zur Fledermausfauna eines entsprechenden Gebiets. Dadurch entsteht das grundlegende Problem, dass zu einem späteren Zeitpunkt, wenn sich herausstellt, dass ein Gebiet für Fledermäuse besonders bedeutsam ist, kein vollständiger Verzicht auf die weitere Beplanung des Gebiets mehr erwogen wird. Die Planung ist dann bereits zu weit fortgeschritten. Im Windkrafterlass wird zur Lösung des Konflikts auf das Betriebsregime abgestellt, dass zu bestimmten Zeiten ein Abschalten der WKA vorsieht. Allerdings haben Untersuchungen gezeigt, dass Abschaltzeiten, die erst bei Windgeschwindigkeiten von 5 m/s greifen (Siehe TAK), nicht ausreichen, um den Konflikt deutlich zu minimieren. Die relevanten Fledermausarten, insbes. der Große Abendsegler, sind bei solchen Windgeschwindigkeiten noch voll aktiv. Kollisionen mit den Rotoren können so an manchen Standorten nicht ausreichend minimiert werden. Eine Vermeidung der Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG ist dann nicht gewährleistet.</p> <p>Hinzu kommt hier, dass sich angrenzend das FFH-Gebiet Kummersdorfer Heide/ Breiter Steinbusch befindet. Laut Standarddatenbogen dient das Gebiet unter anderem dem Erhalt der beiden Fledermausarten Mopsfledermaus und Bechsteinfledermaus. Wechselbeziehungen zwischen dem geplanten Eignungsgebiet und dem FFH-Gebiet können zusätzliches Konfliktpotenzial bergen und erfordern in dieser Hinsicht die Prüfung der Verträglichkeit des konkreten Vorhabens mit den Erhaltungszielen des FFH-Gebiets.</p> <p>Derzeit wird der Windkrafterlass in Bezug auf die Fledermäuse von Fachgremien überarbeitet, um ihn den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, der Verlagerung der Planungen in den Wald und den Erfordernissen an eine rechtssichere Planung von WKA anzupassen. Das Ergebnis ist noch nicht konkret abzusehen, so dass hier eine gewisse Planungsunsicherheit besteht.</p>		

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<b>4. Landesamt für Umwelt, Gesundheit, Verbraucherschutz, Reg.-Abt. Süd</b>	<b>Stellungnahme vom 17.12.2013</b>	
Die Mitarbeiter der Fachbereiche Immissionsschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft des LUGV haben die übergebenen Unterlagen zur Kenntnis genommen und noch einmal geprüft. Im Ergebnis der Prüfung erhalten Sie nachfolgend die gebündelte Stellungnahme der Fachbereiche.		
<b>Fachbereich Naturschutz</b>		
Entsprechend der Übergangsregelung nach § 10 der Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43) und damit der Zuständigkeit von LUGV / RS 7 hinsichtlich des besonderen Artenschutzes nach §§ 44f des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 sowie der Schutzgebietsausweisungen nach den §§ 23-27 und 31f BNatSchG und im Verfahren befindlicher sowie geplanter Natur- und Landschaftsschutzgebiete, für die das MUGV zuständig ist, ergeht folgende Stellungnahme: Im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange liegt der Entwurf des Teil-FNP WEA Am Mellensee (Stand August 2013) vor, mit Erläuterungen zur Ableitung der Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung in der Begründung einschließlich der zugehörigen Beikarten.	Information, keine Abwägung erforderlich.	
<u>Artenschutz</u> Bezüglich des Artenschutzes wird grundsätzlich darauf hingewiesen, dass die Rechtsvorschrift des § 44 BNatSchG keiner einfachen Abwägung zugänglich ist. Bezüglich der Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung setzen die Tierökologischen Abstandskriterien (TAK) des MUGV (Anlage 1 des Erlasses des MUGV „Beachtung naturschutzfachlicher Belange bei der Ausweisung von Windeignungsgebieten und bei der Genehmigung von Windenergieanlagen“ vom 01.01.2011) das Artenschutzrecht aus § 44 BNatSchG für die dort benannten Arten um. Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass in den Schutzbereichen nach TAK artenschutzrechtliche Verbote aus § 44 BNatSchG betroffen sind. Entsprechendes ist ebenfalls bei Unterschreitung der in den „Vogelschutzfachlichen Empfehlungen zu Abstandsregelungen für Windenergieanlagen“ der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten vom 12.10.2006 (Positionspapier der LAG-VSW) definierten Mindestabständen für Arten, die nicht in den TAK enthalten sind, anzunehmen.  Zur Beurteilung, ob nach § 44 BNatSchG geschützte Arten sowie deren Fortpflanzungs- oder Ruhestätten voraussichtlich in Folge der FNP-Festlegung betroffen sein können,	Hinweise, keine Abwägung erforderlich. In der Begründung zum FNP wird ausgeführt, dass konkrete faunistische Untersuchungen zu Vögeln und Fledermäusen auf nachfolgenden Planungsebenen, wenn die Zahl, der Standort und das Maß der WEA bekannt sind, unumgänglich sind und durchgeführt werden müssen.	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>sind diese auf einer dem FNP angemessenen Ebene darzustellen. Dies betrifft, wie in den Unterlagen dargestellt, vor allem die Avifauna und die Chiropterenfauna.</p> <p>Aufgrund der Habitatbeschaffenheit sind auch Reptilien und Amphibien (hier vor allem bezüglich möglicher Winterquartiere) zu betrachten, wobei hier davon ausgegangen wird, dass mit der Umsetzung entsprechender Maßnahmen eine Betroffenheit dieser Arten dem Teil-FNP nicht entgegensteht.</p> <p>Aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen ist ersichtlich, dass keine gezielten Erfassungen vor Ort vorgenommen wurden, jedoch auf vorhandenes Datenmaterial zurückgegriffen werden konnte. Die Aussagen im Teil-FNP (mit integriertem Umweltbericht) berücksichtigen bereits im Wesentlichen die Großvogelarten und die Chiropterenfauna im Allgemeinen.</p> <p>Dies ersetzt allerdings nicht die konkreten Untersuchungen im nachfolgenden konkreten Genehmigungsverfahren.</p> <p>Über die im Teil-FNP hinaus betrachteten Arten hinaus können nach dem derzeitigen Sachstand und nach den vorhandenen Daten des LUGV RS 7 (es gibt keine eignen, flächendeckenden Erfassungen des LUGV) bezüglich der Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung folgende Hinweise gegeben werden:</p> <p>Nördlich der Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung sind 2 Kranichbrutplätze in ca. 400 m Entfernung bekannt. Östlich der Konzentrationsfläche liegt in ca. 3.300 m Entfernung ein Gänseschlafgewässer (ev. auch Kraniche), ein Seeadlerhorst ist ca. 4.500 m nordwestlich bekannt, ein Schwarzstorchhorst 3.880 m südöstlich. Diese Angaben sind bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.</p> <p>Gegenwärtig ist einzuschätzen, dass artenschutzrechtliche Belange nicht der Konzentrationsfläche als Ganzes entgegenstehen. Allerdings gibt es Hinweise, dass Fledermäuse in den Waldbereichen deutlich stärker betroffen sein werden, als bisher angenommen, wobei Waldrandstrukturen, Baumreihen, lineare Gehölzflächen und Gewässer regelmäßig als Flugstraßen für Fledermäuse genutzt werden. Von diesen sollte im Sinne der Konfliktminderung ein Abstand von 200m eingehalten werden.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass eine abschließende Beurteilung erst im nachfolgenden Genehmigungsverfahren (B-Plan, immissionsschutzrechtliche Genehmigung) auf der Grundlage der dann vorliegenden Daten i.V.m. der aktuellen Rechtsprechung erfolgt und das in Folge im Rahmen der fachlichen Tiefenprüfung und bei weiterem Erkenntnisgewinn auch artenschutzrechtliche Belange WEA-Standorten entgegenstehen stehen können</p>	<p>Die genannten Daten werden in der Begründung ergänzt, sie haben allerdings keinen restriktiven Einfluss auf das Planungsergebnis auf FNP-Ebene.</p> <p>Auf der folgenden Planungsebene der Bauungsplanung wird dem Fledermaus-schutz ein besonderer Stellenwert beige-messen in Abhängigkeit von Größe und Standort der Einzelanlagen.</p>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p><u>Schutzgebiete/ Natura 2000</u></p> <p>Dem Vorhandensein von Schutzgebieten ist Rechnung zu tragen. Es ist abzusichern, dass die vorgesehenen Flächennutzungen nicht gegen die Verbote der Rechtsverordnungen bzw. der Schutzziele der nach den §§ 23-27 und 31ff BNatSchG geschützten Gebiete verstößt. Dazu sind die Auswirkungen des Vorhabens nachvollziehbar darzustellen.</p> <p>Der konkrete Geltungsbereich des 2. Entwurfs des Teil-FNP liegt nicht in geschützten Bereichen von Natur und Landschaft nach den §§ 23-27 und 31ff. des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), grenzt jedoch an das NSG und FFH-Gebiet „Kummersdorfer Heide / Breiter Steinbusch“ sowie an das LSG „Baruther Urstromtal – Luckenwalder Heide“. Es ist erforderlich darzustellen, ob das Vorhaben geeignet ist, in die geschützten Bereiche hineinzuwirken. Eine diesbezügliche Darstellung ist schutz- bzw. erhaltungszielbezogen zu ergänzen.</p> <p>Eine der Umsetzung der Darstellungen des FNP grundsätzlich entgegenstehende Betroffenheit von Schutzgebieten ist derzeit auf Grund der Lage der Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung außerhalb der Schutzgebiete nicht anzunehmen. Nach gegenwärtiger Einschätzung kann jedoch trotzdem ein hohes Konfliktpotenzial mit dem Schutzgut ‚geschützte Bereiche von Natur und Landschaft‘ im Rahmen des konkreten Genehmigungsverfahrens bzw. des B-Planverfahrens nicht ausgeschlossen werden. Die abschließende konkrete Betrachtung muss im Zuge der nachfolgenden konkreten Genehmigungsverfahren (B-Plan, immissionsschutzrechtliche Genehmigung) erfolgen.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Schutzgebiete werden mit der Konzentrationsfläche nicht überplant.</p> <p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Es erfolgt eine entsprechende Ergänzung im Umweltbericht.</p> <p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Es erfolgt eine entsprechende Ergänzung im Umweltbericht.</p>	
<p>Ergänzende Hinweise:</p> <p>Hinsichtlich der weiteren, nicht durch das LUGV wahrzunehmenden Naturschutzbelange, insbesondere zur Bewältigung der Bestimmungen des Biotopschutzes gemäß § 30 BNatSchG i.V.m. § 18 Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3), der Eingriffsregelung und zur Festlegung der grünordnerischen Festsetzungen zur Kompensation der Eingriffsfolgen gemäß § 15 BNatSchG, wird auf die Hinweise der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming verwiesen.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die Hinweise der UNB des Landkreises Teltow-Fläming werden bei der Überarbeitung der Planung berücksichtigt.</p>	
<p><b>2. Fachbereich Wasserwirtschaft</b></p>		
<p>Zum Teil-FNP Windenergieanlagen gibt es aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine Einwände oder Bedenken. Diesbezügliche weitere Forderungen werden nicht erhoben.</p>	<p>Keine Einwände und Bedenken, es ist keine Abwägung erforderlich.</p>	

<b>Stellungnahme, Anregung, Hinweis</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>	<b>Beschluss Gemeinde</b>
<b>3. Fachbereich Immissionsschutz</b>		
Mit Schreiben vom 06.10.2011 und vom 26.06.2012 wurden die fachspezifischen Hinweise zum Immissionsschutz übermittelt. Die immissionsrelevanten Aspekte sind in der vorliegenden Planfassung hinreichend berücksichtigt worden. Zur vorliegenden Planfassung ergeben sich keine weiteren Hinweise	Hinweis, keine Abwägung erforderlich.	
<b>5. Landesamt für Denkmalpflege..., Abt. Denkmalpflege</b>	<b>Keine Stellungnahme</b>	
<b>6. Landesamt für Denkmalpflege..., Abt. Bodendenkmalpflege</b>	<b>Stellungnahme vom 11.12.2013</b>	
Da die Konzentrationsfläche B im aktuellen Entwurf des Teil-FNP entfällt, erübrigen sich die diesbezüglichen Hinweise (vgl. Stellungnahme vom 14.05.2012).	Information, keine Abwägung erforderlich	
Im Hinblick auf die verbleibende Konzentrationsfläche A heißt es im Begründungstext, dass hier aus bodendenkmalpflegerischer Sicht keine Ausschlusskriterien zu erwarten sind und auf nachfolgenden Planungsebenen Einzelfallprüfungen durchzuführen sind. Dies ist richtig, allerdings wurde bereits in der 1. Stellungnahme zu den Planungen vom 08.09.2011 auf die innerhalb dieser Konzentrationsfläche zu berücksichtigenden Bestimmungen zum Bodendenkmalschutz hingewiesen. Da diese bislang keinen Eingang in den Entwurf gefunden haben, werden diese an dieser Stelle nochmals wiederholt:	Information, keine Abwägung erforderlich	
<p>Innerhalb der Konzentrationsfläche A besteht die begründete Vermutung, dass sich im Boden Überreste verschiedener Bauten befinden, die im Zusammenhang mit der Heeresversuchsanstalt errichtet worden sind, wie z.B. Beobachtungs- und Geschützstellungen. Aufgrund ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung kommt diesen Relikten Bodendenkmalcharakter zu.</p> <p>Um die Auswirkungen des geplanten Bauvorhabens auf das Schutzgut Bodendenkmale gem. UVPG §§ 2 (1) und 6 (3) einschätzen zu können, ist für Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch den Vorhabenträger erforderlich. In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.</p> <p>Bei einer bauvorbereitenden archäologischen Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchzuführende Maßnahme: In den ausgewiesenen Bereichen</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</p> <p>In der Begründung wird darauf verwiesen, dass in nachfolgenden Planungsstadien – Bebauungsplanung und Baugenehmigung – wenn die Zahl und die genauen Standorte sowie die Zuwegungen zu den WEA bekannt sind, Prospektionen zur Feststellung von Bodendenkmalen durchzuführen sind.</p>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
mit begründet vermuteten Bodendenkmalen werden in einem Abstand von 25 m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u.ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i.d.R. bauvorbereitend durchzuführen.		
Bodendenkmale sind nach BbgDSchG im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige Denkmalschutzbehördliche Erlaubnis bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtlicher Genehmigung und – im Falle erteilter Erlaubnis – ohne vorherige fachrechtliche Bergung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden. Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren. Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG der Veranlasser kostenpflichtig. Zuwiderhandlungen werden als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 € geahndet werden.	Hinweise, keine Abwägung erforderlich.	
Fällt das Ergebnis der Prospektion negativ aus, kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden. Die Prüfung mittels Prospektion ist erst im fortgeschrittenen Planungsstadium notwendig, wenn sämtliche Flächen feststehen, in denen Bodeneingriffe notwendig sind. Hierzu zählen neben den Standorten der Windkraftanlagen selbst auch Flächen, die nur bauzeitlich in Anspruch genommen werden sowie Zuwegungen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen. In der Begründung wird darauf verwiesen, dass in nachfolgenden Planungsstadien – Bebauungsplanung und Baugenehmigung – wenn die Zahl und die genauen Standorte sowie die Zuwegungen zu den WEA bekannt sind, Prospektionen zur Feststellung von Bodendenkmalen durchzuführen sind.	
<b>7a. Landesamt für Bauen und Verkehr, Außenstelle Cottbus</b>	<b>Stellungnahme vom 09.12.2013</b>	
Mit dem vorliegenden sachlichen Teil-FNP „Windenergieanlagen“ weist die Gemeinde Am Mellensee eine Konzentrationsfläche für Windenergieanlagen (WEA) im Südwesten des Gemeindegebiets (ehemals militärisch genutztes Gelände) aus. Belange der zur Zuständigkeit des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt und übriger ÖPNV werden durch die	Keine Betroffenheit, keine Abwägung erforderlich.	

<b>Stellungnahme, Anregung, Hinweis</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>	<b>Beschluss Gemeinde</b>
Errichtung von WEA auf der ausgewiesenen Konzentrationsfläche nicht berührt.		
Informationen über Planungen der vorgenannten Verkehrsbereiche, die diese Fläche betreffen könnten, liegen ebenfalls nicht vor.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich.	
In Bezug auf die mögliche Berührung luftrechtlicher Belange wird darauf verwiesen, dass die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (Abt. des LBV) zum o.g. sachlichen Teil-FNP gesondert Stellung nimmt.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die Luftfahrtbehörde hat sich separat geäußert.	
Durch die verkehrsplanerische Stellungnahme bleibt die aufgrund anderer Vorschriften bestehende Verpflichtung zum Einholen von Genehmigungen, Bewilligungen oder Zustimmungsmen unberührt.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich.	
<b>7b. LBV, Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg</b>	<b>Stellungnahme vom 11.12.2013</b>	
Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen zum 2. Entwurf des sachlichen Teil-FNP der Gemeinde Am Mellensee ergeht von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg in Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftfahrtgesetz folgende Stellungnahme:		
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Das Planungsvorhaben befindet sich im Zuständigkeitsbereich der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg.</li> <li>2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftrechtlicher Sicht durch den Entwurf des sachlichen Teil-FNP „Windenergieanlagen“ berührt, da Windkraftanlagen Luftfahrthindernisse im Sinne der §§ 14 ff. LuftVG darstellen.</li> <li>3. § 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungsanlagen) steht dem Planvorhaben nicht entgegen.</li> <li>4. Es bestehen keine Bedenken gegen den 2. Entwurf des sachlichen Teil-FNP der Gemeinde Am Mellensee.</li> </ol>	Information, es werden keine Bedenken geäußert; es ist keine Abwägung erforderlich.	
<p>I. Begründung:</p> <p>Die „Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung“ „Zwischen den Schießbahnen“ aus dem sachlichen Teil-FNP der Gemeinde Am Mellensee liegt ca. 13,4 km südöstlich vom Flugplatzbezugspunkt des Verkehrslandeplatzes Schönhagen und außerhalb des nach § 18b LuftVG eingerichteten Bauüberwachungsbereich dieses Verkehrslandeplatzes.</p> <p>Der Hubschrauber-Sonderlandeplatz Mellensee befindet sich ca. 7,24 km nordöstlich der Konzentrationsfläche. Damit liegt die Konzentrationsfläche „Zwischen den Schießbah-</p>	Begründung zu vorstehender Einschätzung, keine Abwägung erforderlich.	



Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>nen“ außerhalb von Bauschutzbereichen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sonder- und Hubschraubersonderlandeplätzen) sowie Segelflug- und Modellfluggeländen und Schutzbereichen von zivilen Flugsicherungsanlagen.</p> <p>Daher bestehen keine Bedenken gegen den 2. Entwurf des sachlichen Teil-FNP „Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung“ „Zwischen den Schießbahnen“ der Gemeinde Am Mellensee.</p>		
<p>II. Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Für die Errichtung von Windkraftanlagen, die eine Höhe von 100 m über Grund überschreiten, ist die luftrechtliche Zustimmung gemäß § 14 LuftVG in jedem Falle zwingend erforderlich. Der zuständigen Luftfahrtbehörde sind die Planungsunterlagen im Rahmen der Genehmigungsverfahren für alle Windkraftanlagen vorzulegen.</li> <li>2. Der Vollständigkeit halber wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass sich die Zustimmungs-/ Genehmigungspflicht auch auf temporäre Hindernisse erstreckt. D.h. die Einsatzpläne von Kränen oder ähnlichen Baugeräten, die eine Maximalhöhe von 100 m über Grund überschreiten, sind bei der Luftfahrtbehörde entsprechend zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.</li> <li>3. Zur Abklärung der militärischen Belange wird empfohlen, die militärische Luftfahrtbehörde – hier die Wehrbereichsverwaltung Ost – zu beteiligen.</li> <li>4. Die Beteiligung im o.g. Flächennutzungsplanverfahren gilt nicht als ggf. erforderliche luftrechtliche Zustimmung/ Genehmigung im Genehmigungsverfahren.</li> </ol>	<p>Hinweise, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.</p> <p>Die zuständige Stelle der Militärluftfahrt wurde beteiligt und hat sich geäußert.</p> <p>Der Sitz der Dienststelle befindet sich jetzt in Bonn.</p>	
<p><b>8. Landesbetrieb Forst, Oberförsterei Wünsdorf</b></p>	<p><b>Stellungnahme vom 04.11.2013</b></p>	
<p>Bei der vorgesehenen Konzentrationsfläche A „Zwischen den Schießbahnen“ handelt es sich ausnahmslos um Waldflächen gemäß § 2 Landeswaldgesetz.</p> <p>Der § 8 Abs. 1 LWaldG legt fest, dass Wald nur mit der Genehmigung der unteren Forstbehörde in eine andere Nutzung umgewandelt werden darf.</p>	<p>Information, keine Abwägung.</p>	
<p>Die im Entwurf des Teil-FNP dargestellte Konzentrationsfläche A für die Windenergienutzung ist, wie bereits in der Stellungnahme vom 21.06.2012 vermerkt, nicht im Regionalplanentwurf enthalten. Da die in Rede stehenden WEA außerhalb des Windeignungsgebietes geplant sind, stehen der Errichtung die eingeleiteten Ziele der Raumordnung und Landesplanung entgegen.</p> <p>Gemäß § 8 Abs. 2 LWaldG ist die Waldumwandlungsgenehmigung zu versagen, wenn</p>	<p>Einwendung, keine Abwägung möglich.</p> <p>Die Gemeinde geht davon aus, dass mit dem weiteren Planungsfortschritt beim Regionalplan Bedingungen geschaffen werden, die eine waldrechtliche Zustimmung doch noch ermöglichen.</p>	

<b>Stellungnahme, Anregung, Hinweis</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>	<b>Beschluss Gemeinde</b>
<p>die Umwandlung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht vereinbar ist. Das ist hier vorliegend der Fall.</p> <p>Aufgrund der gebundenen Entscheidung gem. § 8 Abs. 2 LWaldG wird für die Errichtung der geplanten Windenergieanlagen „Zwischen den Schießbahnen“ in der Gemarkung Kummersdorf-Gut die waldrechtliche Zustimmung <u>nicht</u> erteilt.</p>		
<b>9. Bundesamt für Infrastruktur ... der Bundeswehr Strausberg</b>	<b>Stellungnahme vom 15.10.2013</b>	
Durch das Vorhaben werden Belange der Landesverteidigung ausreichend berücksichtigt.	Feststellung, keine Abwägung erforderlich.	
<p>Hinweis: Des Weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, dass ab dem 01.11.2013 für die Bundeswehr das</p> <p>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr / Infra I 3 / Fontainengraben 200 / 53123 Bonn</p> <p>die Funktion als TÖB für das Bundesland Brandenburg wahrnimmt.</p>	Hinweis, keine Abwägung erforderlich.	
<b>10. Gemeinde Nuthe-Urstromtal</b>	<b>Keine Stellungnahme</b>	
<b>11. Stadt Baruth/Mark</b>	<b>Stellungnahme vom 10.12.2013</b>	
<p>Hinsichtlich des 2. Entwurfs des Flächennutzungsplanes "Windenergieanlagen" der Gemeinde Am Mellensee, welche Sie auftragsgemäß vertreten, nimmt die Stadt Baruth/Mark wie folgt Stellung:</p> <p>Die im 2. Entwurf des vorgenannten Bauleitplanes der Gemeinde Am Mellensee (Stand: August 2013) geplante Konzentrationsfläche südwestlich des Ortsteils Sperenberg befindet sich nicht im Bereich eines Windeignungsgebietes des Regionalplans Havelland-Fläming mit Stand vom 24.10.2013. Das Gebiet liegt weniger als 5 km vom geplanten Windeignungsgebiet (WEG) 32 entfernt.</p> <p>Die südliche, dem Stadtgebiet der Stadt Baruth/Mark am nächsten gelegene, Grenze der geplanten Konzentrationsfläche hat einen Abstand von ca. 5 km zu den nächsten schutzwürdigen Nutzungen auf dem Gebiet der Stadt Baruth/Mark, nämlich dem Ortsteil Horstwalde.</p>	Kein Einwand, keine Abwägung erforderlich.	

<b>Stellungnahme, Anregung, Hinweis</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>	<b>Beschluss Gemeinde</b>
Aufgrund des ausreichenden Abstandes wird - trotz der Lage außerhalb der Windeignungsgebietskulisse des Regionalplanentwurfs - keine Beeinträchtigung der gemeindlichen Belange befürchtet. Daher werden von Seiten der Stadt Baruth/Mark keine Einwände gegen die Planung erhoben.		
<b>12. Stadt Zossen</b>	<b>Keine Stellungnahme</b>	
<b>13. Stadt Trebbin</b>	<b>Stellungnahme vom 11.11.2013</b>	
Nach Durchsicht der Unterlagen kann festgestellt werden, dass der Stellungnahme vom 7.6.2012 dahingehend nachgekommen wurde, dass die im 1. Entwurf dargestellte Konzentrationsfläche B, anliegend an der Gemarkung Christinendorf, weggefallen ist. Damit bestehen seitens der Stadt Trebbin gegen den 2. Entwurf des sachlichen teil-FNP „Windenergieanlagen“ der Gemeinde Am Mellensee keine Bedenken.	Keine Bedenken, keine Abwägung erforderlich.	
<b>14. Brandenburgische Bodengesellschaft mbH In Vollmacht Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg</b>	<b>Stellungnahme vom 12.12.2013</b>	
Seitens des Landes Brandenburg (Ministerium der Finanzen) und der Brandenburgischen Bodengesellschaft für Grundstücksverwaltung und –verwertung mbH wurden bereits im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung (26.09.2011) und zum 1. Entwurf des Teil-FNP „Windenergieanlagen“ (05.06.2012) Stellungnahmen abgegeben. Die darin vorgetragenen Argumente für die Ausweisung einer Potenzialfläche zwischen den Schießbahnen werden nochmals bekräftigt. Vorsorglich sind beide Stellungnahmen in Kopie beigelegt. Zur weiteren Präzisierung von Potenzialflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen wurden denkmalschutz-, naturschutz- sowie planungsrechtliche Belange ausführlich untersucht. Das Ergebnis der Ausweisung der Potenzialfläche zwischen den Schießbahnen wird ausdrücklich begrüßt. Aus der entgeltlichen Bereitstellung von Flächen (z.B. durch Verpachtung von Teilflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen) sollen Einnahmen generiert werden, um diese wieder für die Liegenschaft einsetzen zu können (revolvierender Fonds). Diese Einnahmen aus der Nutzung der Liegenschaft sind dringend erforderlich, um die Beseitigung von Altlasten, die Beräumung von Kampfmitteln und die Sicherung/ Sanierung	Zustimmung, keine Abwägung erforderlich. Das Planungsanliegen der Gemeinde wird ausdrücklich unterstützt.	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>einzelner denkmalgeschützter baulicher Anlagen durchführen zu können. Vor diesem Hintergrund aber natürlich auch im Rahmen der Umsetzung der Energiestrategie 2030 der Landesregierung ist es unabdingbar, auf dieser Konversionsliegenschaft auch Windkraftanlagen zu errichten. Das Land Brandenburg hat sich mit Schreiben vom 25.11.2013 an den Landkreis Teltow-Fläming dazu bekannt, die öffentliche Zugänglichkeit der Liegenschaft, welche aufgrund der Kampfmittelbelastung und der vorhandenen Altlasten derzeit nicht gegeben ist, wieder herzustellen. Hierfür sind erhebliche Kosten aufzubringen, die u.a. durch Einnahmen aus der Verpachtung von Teilflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen refinanziert werden können.</p> <p>Das vorgenannte Schreiben unterstreicht auch die Argumente zur Schaffung von Synergieeffekten durch Herausbildung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums für erneuerbare Energien in Verbindung mit der Bewahrung und Demonstration des militärischen Erbes (Punkt 4.3.1.4, S. 22 der Begründung). In gemeinsamen Abstimmungen mit den zuständigen Behörden und dem Förderverein wird dafür nach entsprechenden Kompromisslösungen gesucht, die aus denkmal- und naturschutzfachlicher Sicht annehmbar sind. So wurde u.a. seitens der BImA und der BBG vorgeschlagen, Windkraftanlagen entlang der Grenze der ehemaligen Schießbahnen zu errichten, um diese wieder sichtbar und optisch erlebbar zu machen; diese sind derzeit in der Natur nicht erkennbar.</p> <p>Die in den Stellungnahmen der Denkmalbehörden, hier insbesondere der unteren Denkmalschutzbehörde vorgebrachten Argumente gegen die Ausweisung der Potenzialfläche können nicht nachvollzogen werden. In einer „Übersichtskarte Sperenberg-Kummersdorf Gut – Flächenverkauf, Amt für Landwirtschaft und Umwelt, Erstellung 05.02.2007) ist neben den Schutzgebieten auch der Denkmalbereich dargestellt. Hieraus geht eindeutig hervor, dass die Potenzialfläche zwischen den Schießbahnen außerhalb der unter Denkmalschutz gestellten Flächen liegt.</p> <p>Die Errichtung von Windenergieanlagen auf dem ehemaligen Militärgelände entlastet gleichzeitig die Menschen an anderen potenziellen Standorten, da auf dem Militärgelände eine Einschränkung des Schutzgutes Mensch nicht gegeben ist. Hier ist der Schutz der Menschen eindeutig über eine eventuelle Einschränkung der visuellen Gesamtwahrnehmung der militärischen Anlagen zu stellen.</p> <p>Unter vorgenannten Aspekten bitten wir dringend, an der geplanten Ausweisung der Potenzialfläche zwischen den Schießbahnen festzuhalten.</p>		

<b>Stellungnahme, Anregung, Hinweis</b>	<b>Abwägungsvorschlag</b>	<b>Beschluss Gemeinde</b>
Abschließend erklären wir, diese Stellungnahme im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg erarbeitet zu haben; eine Kopie der Vollmacht liegt bei. Das Ministerium schließt sich dieser Stellungnahme vollumfänglich an und wird daher keine eigene Stellungnahme abgeben.		
<i>Die in der Stellungnahme genannten Schreiben vom 26.09.2011, vom 05.06.2012 sowie die erteilte Vollmacht sind in der Bauverwaltung der Gemeinde Am Mellensee einsehbar.</i>		

# Anlage

## Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde zum 2. Entwurf

### Landkreis Teltow-Fläming

Dezernat V

Amt für Bildung und Kultur /

Denkmalschutz

Dienstgebäude: Am Nuthefließ 2

Datum: 18.10.2013

Auskunft: Frau Dr. Mohr de Pérez

Zimmer: A5-2-14

Telefon: 03371 6083608

Aktenz.: 40/30/10888/13/DK

Kreisentwicklungsamt  
Frau Lehmann

### Gemeinde Am Mellensee, Sachlicher Teil-Flächennutzungsplan "Windenergieanlagen" Stellungnahme der unteren Denkmalschutzbehörde

Sehr geehrte Frau Lehmann,

zu dem sachlichen Teilflächennutzungsplan „Windenergieanlagen“ für die Gemeinde Am Mellensee gibt die Untere Denkmalschutzbehörde folgende Stellungnahme ab:

Die untere Denkmalschutzbehörde hält an ihren Stellungnahmen vom 30.08.2011, 31.05.2012 und 07.08.2012 fest. Auf der ausgewiesenen Fläche sind Windkraftanlagen unzulässig.

#### Baudenkmalspflege:

In dem erneut vorliegenden Entwurf wird auf die fachliche und rechtliche Begründung der unteren Denkmalschutzbehörde nicht weiter eingegangen. Vielmehr ist es bei einer unveränderten Ausweisung einer Konzentrationsfläche zwischen den beiden Schießbahnen Ost und West geblieben. Nach wie vor liegt diese Fläche im Zentrum des Denkmals

„Heeresversuchsanstalt Kummersdorf, bestehend aus Kasernengelände (Mannschaftsgebäude, Kommandantenvilla, Zeughaus, Offizierskasino, Stallgebäude, Wasserturm, Kasino, Kommandantur, Wetterbeobachtungsturm); Versuchsstelle Kraftfahrzeuge mit sogenannter „Maushalle“ (Fertigungsstelle Mauspanzer) und Klimahalle; Schießbahn Ost, Schießbahn West, Raketen-Versuchsstellen Ost und West, Versuchsstelle Nachrichten, Hundeschule, Schallmessschule, Chemisch-physikalische und Atom-Versuchsstelle Gottow; Bereich der Eisenbahnpionierbauten (Schumkasee, Heegensee, Gleisanlagen, Fertigungshallen, Pyramide); Kraftfahrzeugversuchsstelle Horstwalde mit Steigungs- und Verwindungsbahnen“;

das seit dem 8.1.2007 auf der Brandenburgischen Denkmalliste verzeichnet ist. Es wird in der Abwägung eine tiefer gehende Begründung in Aussicht gestellt, die jedoch im Textteil nicht anzutreffen ist.

Bereits im ersten Absatz unter 4.3.1.4 auf S. 21 und den beiden folgenden ist eine Korrektur notwendig. Es handelt sich keineswegs um einen „Denkmalbereich der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Kummersdorf“, sondern um ein Denkmal, das sich aus verschiedenen Objekten, Strukturen, baulichen, technischen und gärtnerischen Anlagen, Bodendenkmalen, Zeitschichten etc. zusammensetzt.

- 2 -

Aus diesem Irrtum leitet sich die Annahme ab, „dass die Grenzen des Denkmalschutzbereichs „Heeresversuchsanstalt Kummersdorf“ den Umgebungsschutz der einzelnen gemäß Denkmalschutzgesetz geschützten Anlagen mit einschließt“ (S. 21).

Sollte damit gemeint sein, dass der Umgebungsschutz nach § 2 Abs. 3 außerhalb der vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege markierten Grenzen nicht mehr bestehe, so trifft dies nicht zu. Die Grenze definiert das Denkmal. Seine Umgebung befindet sich folglich außerhalb dieser Grenze. Damit sind die auf diesem Irrtum aufbauenden Schlussfolgerungen unrichtig. Die ausgewiesene Fläche liegt in der unmittelbaren Umgebung des Denkmals und beeinträchtigt dieses erheblich.

Das Denkmal Heeresversuchsstelle Kummersdorf ist wesentlicher Bestandteil einer schützenswerten Kulturlandschaft und prägt diese erheblich (vgl. Martin, Mieth, Graf, Sautter, Kommentar zum BbgDSchG 2. Aufl. 2008 S. 64 – 67). Das Denkmal in seinen engeren Grenzen erstreckt sich in amorpher und mit den beiden Schießbahnen gabelförmiger Gestalt Richtung Nordwest. Die im Teil-FNP für Windkraft vorgesehene Fläche liegt im südlichen Bereich zwischen den Schießbahnen, wird insofern von den Bestandteilen des Denkmals eingefasst. Es ist insofern eine Art „denkmalfreie Enklave“ innerhalb des Denkmals. Durch diese Lage wirken sich Windkraftanlagen an diesem Standort erheblich beeinträchtigend auf das Denkmal aus.

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich im nördlichen Bereich, auf dem Gebiet der Gemeinde Nuthetal ebenfalls WEA ansiedeln könnten, sollte dem vorliegenden Teil-FNP zugestimmt werden. Da aber bereits die geplanten Flächen das Denkmal in seinem Erscheinungsbild, seiner denkmalgerechten Nutzung und seiner öffentlichen Erlebbarkeit erheblich beeinträchtigen würde, kann dem Teil-FNP nicht zugestimmt werden.

Dieser Tatsache wird der Entwurf des Regionalplans durch die weiträumige Aussparung als „empfindlicher Teilraum der regionalen Landschaftseinheiten“ gerecht, wofür unter Anderem die hohe Dichte von Kulturdenkmälern verantwortlich ist. Die Festlegung von WEG 32 nordöstlich der Schießbahn West im Entwurf des Regionalplans reizt das verträgliche Maß in Beziehung zum Denkmal bereits vollständig aus.

Zu den Punkten im Einzelnen:

- Aus der Privilegierung durch § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB wird eine „gesetzliche Verpflichtung, der Entwicklung der Windenergie im Gemeindegebiet ausreichend Raum einzuräumen“ abgeleitet. Dieselbe Norm lässt aber Vorhaben im Außenbereich nur dann zu, „wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen“. Unter § 35 Abs. 3 Nr. 5 BauGB wird Denkmalschutz als öffentlicher Belang aufgeführt.

Es sei an dieser Stelle auch auf den Landesentwicklungsplan (veröffentlicht durch Verordnung über den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) vom 31. März 2009 (GVBl. II S. 186) verwiesen, in dem gefordert wird, „Kulturgüter in ihren geschichtlichen und kulturellen Zusammenhängen zu bewahren und erlebbar zu machen.“ (S. 67)

- Die „sehr große Beschränktheit des räumlichen Potenzials“ rechtfertigt nicht, einen Belang von Verfassungsrang (Art. 34 Abs. 2 Verfassung des Landes Brandenburg) einfach außer Acht zu lassen. Die Tatsache, dass Orts- und Landschaftsbild in der Gemeinde Am Mellensee hochwertig eingeschätzt werden, kann nicht dazu führen, WEA ausgerechnet in Mitten eines Denkmals von internationalem Rang ansiedeln zu wollen.
- Für die beiden Weltkriege ist nicht das Denkmal verantwortlich, sondern die Menschen, die sich zur Lösung politischer Konflikte für den gewaltsamen Weg entschieden haben. Gerade hier liegt die besondere Bedeutung des Denkmals: es ruft zur Auseinandersetzung mit Krieg und seinen Folgen auf, indem es die Erinnerung an Gewaltverherrlichung und Größenwahn aufrecht erhält. Als Ausweichgebiet aus dem Halber Kessel ist das Gelände der ehemaligen heeresversuchsstelle zudem auch Grabstätte zahlreicher Gefallener.

Der Versuch, das Denkmal als „militärhistorisch belastetes Areal“ gegen das Schutzgut „Mensch“ auszuspielen, muss ins Leere führen. Aus den Schutzziele des Denkmalschutzgesetzes ergibt sich schließlich nicht zwangsläufig eine Konkurrenz mit dem Schutzgut „Mensch“. Anders formuliert, wird der Mensch nicht gefährdet, weil inmitten des Denkmals Windkraftanlagen nicht zulässig sind. Der Entwurf des Regionalplans weist nach meinem Kenntnisstand keine WEG im Gemeindegebiet Am Mellensee aus, geschweige denn Gebiete, die das „Schutzgut Mensch“ gefährden oder beeinträchtigen würden.

Woher die Gemeinde Am Mellensee Kenntnis darüber hat, dass Mittel für eine sichere Erschließung auf Landesebene nicht vorhanden sind, möge sie belegen und nachvollziehbar machen. Da die Gebäude und Anlagen der Erhaltungspflicht nach §§ 1 und 7 BbgDSchG unterliegen, ist natürlich auch das Land Brandenburg als Eigentümer von Denkmälern zu ihrer Erhaltung verpflichtet. Da die Gemeinde Am Mellensee nicht Eigentümerin der überwiegenden Zahl der Gebäude und Anlagen des Denkmals Ehemalige Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut, ist sie hier nicht zuständig. Der Zusammenhang zwischen Erhaltungspflicht und der Ausweisung der Fläche als WEG ist schlicht nicht nachvollziehbar.

WEA haben im Land Brandenburg aufgrund ihrer Vielzahl keinen Nutzen als Landmarken. Die Denkmalschutzbehörde hält an ihrer Stellungnahme vom 31.05.2012 fest: Der Idee, das Gelände mit Windkraftanlagen optisch zu gliedern, indem beispielsweise der Verlauf der Schießbahnen auf diese Weise kenntlich gemacht wird, kann seitens der Unteren Denkmalschutzbehörde nicht gefolgt werden. Zum Einen sind dergleichen Anlagen aufgrund ihrer Vielzahl im Land Brandenburg kaum noch geeignet, als Landmarken zu fungieren. Zum Anderen würden sie auf diese Art und Weise gewissermaßen zum integralen Bestandteil des Denkmals, und das zudem auf eine visuell ausgesprochen dominante Art und Weise. Mit Aussichtsplattformen würde sich der Eindruck auch noch verfestigen, die Windkraftanlagen seien dem Denkmal zugehörig.

Ökonomischen Interessen der Gemeinde darf gemäß § 7 Abs. 2 BbgDSchG eine denkmalgerechte Nutzung der ehemaligen Heeresversuchsanstalt nicht geopfert werden (vgl. auch Martin, Mieth, Graf Sautter; Kommentar zum BbgDSchG S. 116f). Die Gemeinde kann sich mit diesem Argument auf keinen rechtlichen Anspruch berufen, zumal eine denkmalverträgliche Nutzung ebenfalls – und wohl auch nachhaltiger – in der Lage wäre, der Gemeinde Einkünfte zu verschaffen. Die wirtschaftlichen Effekte einer denkmalverträglichen, beispielsweise musealen Nutzung des Denkmals werden im Textteil lapidar als niedrig eingestuft, indem man sich auf Erfahrungen beruft. Diese werden aber nicht näher erläutert.

Die Befürchtung einer Konkurrenz mit Wünsdorf als militärhistorisch interessanter Sehenswürdigkeit ist schon deshalb substanzlos, weil es sich um historisch, baulich, zeitlich und inhaltlich völlig verschiedene Schauplätze handelt, die sich aus diesem Grund eher ergänzen und im Falle einer Vernetzung sogar gegenseitig bereichern könnten. Die Tatsache, dass Wünsdorf touristisch rege nachgefragt wird und erfolgreich ist, kann wohl kaum als Argument herangezogen werden, dem Denkmal Ehemalige Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut seine Potenziale abzusprechen und Zukunftsperspektiven zu entziehen. Eine denkmalverträgliche Nutzung – beispielsweise als „Museum in der Natur“ – wäre durch die Aufstellung von WEA nicht mehr möglich.

Der Unteren Denkmalschutzbehörde sind keine Vermarktungsbemühungen im Hinblick auf Flächen oder Gebäuden durch das Land oder die Gemeinde Am Mellensee bekannt. Immerhin ist das Gelände erst im Frühjahr 2012 an das Land Brandenburg übertragen worden. Aus dieser kurzen Zeit, in der außer Energiegewinnung keine anderen Bestrebungen seitens des Landes deutlich wurden, zu schließen, mit dem Gelände sei außer WEA nichts anderes anzufangen, dürfte voreilig sein.

Synergieeffekte zwischen WEA und Entwicklung des Denkmals sind aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde nicht zu erkennen und auch nicht zu erwarten. Zum einen ist die Entwicklung eines „Forschungs- und Entwicklungszentrum für erneuerbare Energien“ im Teil-FNP nicht zu erkennen, denn hier geht es nur um die Ausweisung eines WEG, zum

anderen ist genauso wenig konkretes über die „Bewahrung und Demonstration des militärhistorischen Erbes“ aus dem Textteil zu erfahren. Das Denkmal ist nach Auffassung der Denkmalschutzbehörde nicht mehr touristisch Entwicklungsfähig, wenn es durchsetzt mit Flächen für Fotovoltaikanlagen und umgeben ist von WEA. Die im Teil-FNP ausgewiesene Fläche ist nicht die einzige auf dem Gelände, die zur Gewinnung regenerativer Energie herangezogen werden soll. Was bisher hingegen in Gänze fehlt, ist eine Aussage des Eigentümers, nämlich des Landes, auf welche Weise dem Denkmal in seiner Gestalt und seiner historischen Aussagekraft eine Perspektive gegeben werden kann und soll. Seine Untergliederung in einzelne Flächen unter rein ökonomischen Aspekten, die zur Energiegewinnung herangezogen werden, wird das Denkmal in seiner Bedeutung absehbar zerstören.

- Der Vergleich mit Fotovoltaikanlagen in der Stellungnahme der Behörde zum Entwurf des Teilflächennutzungsplans ist lediglich als Hinweis zu verstehen. Es handelte sich hierbei nicht um eine Argumentation, aus der rechtliche Widerstände gegen Windkraftanlagen abzuleiten wären.

Dass die Erträge dem Denkmal zugutekommen, muss bezweifelt werden. Bislang ist in diesem Zusammenhang stets nur von der Beseitigung der Kampfmittel die Rede, während keine konkreten Maßnahmen zur Sicherung des in seiner Substanz hochgradig gefährdeten Bestands an Gebäuden und Anlagen in Angriff genommen wurden. Da die Gemeinde Am Mellensee nicht Eigentümerin der überwiegenden Zahl der Gebäude und baulichen Reste der ehemaligen Heeresversuchsanstalt ist, kann wohl davon ausgegangen werden, dass die Erträge nicht für den Erhalt der Denkmale eingesetzt werden.

Sollten, wie hier im Textteil angegeben, die Erträge ausschließlich der Kampfmittelbeseitigung zugutekommen um „gefahrlose Zugänglichkeit des Areals zu verbessern“, so wird es ohne baldige Sicherung des Denkmalbestands in absehbarer Zeit nichts mehr zu besichtigen geben.

Aussichtsplattformen auf WEA sind dem Denkmal wenig hilfreich und tragen nicht zu ihrer Erlaubnisfähigkeit bei. Aus der Vogelperspektive ist von den Anlagen kaum etwas zu sehen. Ihre historische Aussagekraft entfalten sie in unmittelbarer Nähe, vor Ort. Zur Auseinandersetzung mit Krieg und nationalsozialistischem Größenwahnsinn müssen sie erwandert und erlebt werden.

Es wäre wünschenswert, wenn die Gemeinde sich beim Land für die unabdingbare Sicherung der Gebäude und Anlagen einsetzen würde, die sich auf ihrem Gemeindegebiet befinden. Damit ist auch die Verströmung auf eine Nutzungsdauer von 25 Jahren wirkungslos. Das Denkmal kann nicht 25 Jahre warten, bis es entwickelt und gesichert wird.

Abschließend sei bemerkt, dass die rein wirtschaftliche Verwertung eines Denkmals von internationaler Bedeutung die Zeitschichten, für die es steht und die historischen Aussagen, die es vermittelt auf eine unerträgliche Weise banalisiert.

Aus den vorgenannten Gründen wird dem Teilflächennutzungsplan Windenergieanlagen für die Gemeinde Am Mellensee aus denkmalschutzrechtlicher Sicht nicht zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Mohr de Pérez  
Sachgebietsleiterin

## Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlegung der Planungsunterlagen – 2. Entwurf

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p><b>UKA Meißen Projektentwicklung GmbH &amp; Co. KG PF 10 01 07 01851 Meißen</b></p> <p>Wir sind Projektentwickler für Wienenergieprojekte und nehmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum 2. Entwurf des sachlichen Teil-FNP „Windenergieanlagen“ Stellung. Wir sicherten bisher jene Grundstücke privatrechtlich, die im Bereich der im jetzigen Entwurf nicht als Konzentrationsfläche ausgewiesenen Potenzialfläche „Nordwestlich Gadsdorf“ liegen (Flurstücke 39, 41, 52, und 124 der Flur 1 der Gemarkung Gadsdorf) und planen dort die Errichtung von einer Windenergieanlage.</p> <p>Wir regen an, die Potenzialfläche „Nordwestlich Gadsdorf“ als Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung auszuweisen.</p> <p>Das hat folgende Gründe:</p> <p>Wie in der Beikarte 4 dargestellt, ist die Potenzialfläche eine solche, der harte und weiche Tabukriterien nicht entgegenstehen.</p> <p>Die Argumente, die die Gemeinde bewogen haben, die Fläche nicht für die Windenergienutzung auszuweisen (S. 36 der Begründung), stellen nach Prüfung durch UKA keine der Ausweisung als Konzentrationsfläche entgegenstehenden Belange dar.</p> <p>Das im Regionalplan Havelland-Fläming 2020 festgesetzte Kriterium Nr. 3.2.1.3.1, das eine Mindestgröße von Windeignungsgebieten von 100 ha vorsieht, ist nicht so zu verstehen, dass jede Gemeinde, für den Fall, dass Konzentrationsflächen für die Windenergie ausgewiesen werden, Gebiete von mindestens 100 ha festzusetzen haben. Die Bestimmungen im Regionalplan kommen Gemeindegrenzen übergreifend zum Tragen. Die „restlichen“ Hektar befinden sich auf dem benachbarten Gemeindegebiet der Stadt Trebbin, so dass das Eignungsgebiet Nr. 31 „Trebbin-Lüdersdorf“ insgesamt 187 ha groß ist und die Anforderungen des 2. Entwurfs des Regionalplans (24.10.2013) erfüllt.</p> <p>Wird der sachliche Teil-FNP in dieser Form beschlossen, verstößt er gegen den mittlerweile 2. Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 (§ 1 Abs. 4 BauGB - Anpassungspflicht) und wird aller Voraussicht nach von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung gemäß § 14 ROG untersagt. Die Ausweisung des Eignungsgebiets „Trebbin-Lüdersdorf“, in dessen Geltungsbereich sich die Potenzialfläche „Nordwestlich Gadsdorf“ befindet, stellt im derzeitigen raumordnungsrechtlichen Verfahrensstand ein sog. In Aufstellung befindliches Ziel dar, dass als sonstiges Erfordernis der Raumordnung nach § 3 Nr. 4 ROG bei der Aufstellung von Bauleitplänen im Rahmen der Abwä-</p>	<p><b>Stellungnahme vom 13.12.2013</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Im Gemarkungsteil Gadsdorf ermittelte Potenzialflächen für Windenergienutzung werden mit folgenden Argumenten <u>nicht als Konzentrationsfläche</u> für die Windenergienutzung dargestellt: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nichterfüllung des Kriteriums einer Mindestgröße von 100 ha in der Gemarkung Am Mellensee.</li> <li>- Weiteres Heranrücken der WEA an den Siedlungsbereich Gadsdorf.</li> <li>- Heranrücken der WEA-Nutzung an NSG und FFH-Gebiete.</li> <li>- Eingeschränkte Zulässigkeit der Bauhöhe wegen der Luftverteidigungs-Radaranlage Berlin-Tempelhof.</li> </ul> </li> </ul>	



Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>gung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu beachten ist. Die erneute Ausweisung des Gebiets auch im 2. Entwurf legt nahe, dass dieses auch in der beschlossenen Fassung des Regionalplans zu finden sein wird. Spätestens dann hat die Gemeinde Am Mellensee ihre örtliche Bauleitplanung gemäß § 1 Abs. 4 BauGB anzupassen.</p> <p>Als weiteres entgegenstehendes Kriterium führen Sie an, dass die „WEA-Nutzung“ weiter an den Siedlungsbereich heranrückt. In der Zusammenschau mit der Feststellung gemäß Beikarte 4, dass der Ausweisung der Fläche keine harten und weichen Kriterien entgegenstehen, ist es widersprüchlich, das Heranrücken als Ablehnungsgrund anzuführen. Das Heranrücken an die Wohnbebauung ist kein weiterer einzustellender Belang, weil „das Heranrücken“ bereits im Rahmen der Einstellung der harten Tabukriterien (1000 m Abstand zur Wohnbebauung) Berücksichtigung gefunden hat. Wird das Kriterium quasi „zweimal“ angewendet, um die Nicht-Ausweisung zu begründen, stellt dies einen Fehler im Aufstellungsverfahren dar, der in jedem Fall zur Unwirksamkeit des Planes führt (vgl. nur BVerwG, 13.12.2012, 4 CN 1.11 – „Wustermark-Urteil“).</p> <p>Auch das unmittelbare Heranrücken der „WEA-Nutzung“ an die Schutzgebiete Naturschutzgebiet/FFH-Gebiet „Gadsdorfer Torfstiche und Luderbusch“ stellt keinen Belang dar, der gegen eine Ausweisung spricht. Es fehlt an einer gesetzlichen Grundlage, die vorsieht, dass ein Puffer zu Schutzgebieten einzuhalten ist. Im Gegenteil: Windenergieanlagen wären in FFH-Gebieten sogar zulässig, wenn das jeweilige Schutzziel durch die Windenergienutzung nicht beeinträchtigt werden würde. Die Festlegung von Tabubereiche ist fehlerhaft, wenn sich die Festlegung der Fläche und ihre Ausdehnung nicht mehr aus dem Schutzzweck des durch sie geschützten Gebiets begründen lassen (BVerwG, 13.03.2003, 4 C 4/02; OVG Koblenz, 20.02.2003, 1 A 11406/01). Es fehlt hier an der konkreten Auseinandersetzung mit dem Schutzzweck des Gebiets „Gadsdorfer Torfstiche und Luderbusch“; das bloße „Heranrücken“ genügt nicht, um als Ausschlusskriterium gegen die Ausweisung der Fläche zu gelten. Es hätte deshalb zumindest geprüft werden müssen, ob durch die Windenergienutzung überhaupt der Schutzzweck des Gebiets beeinträchtigt wird (vgl. OVG Münster, 19.05.2004, 7 A 3368/02).</p> <p>Weiterhin wird auf das Vorhandensein weiterer störungsempfindlicher Großvogelarten (Verbreitungskorridor für Großtrappen, Horststandort des Baumfalken in der Nähe) hingewiesen. Die Potenzialfläche „Nordwestlich Gadsdorf“ befindet sich im äußersten Süden eines Verbindungskorridors der Großtrappe. In der Anlage 1 des Erlasses des ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 01.01.2011 („Tierökologische Abstandskriterien für die Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg, TAK) sind die freizuhaltenden Verbindungskorridore genannt (liegt auszugsweise als</p>		

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>Anlage bei). Der hier relevante ist dort nicht genannt. Im Übrigen sei erwähnt, dass sich auf dem Gebiet der Stadt Trebbin weiter nordwestlich und damit „eher“ im Verbindungskorridor der Großtrappe liegend bereits 13 Bestands- Windenergieanlagen stehen und weitere 11 Anlagen in der Planung sind. Der angeführte Horststandort des Baumfalken, der im Übrigen nicht näher beschrieben wird, kann auch hier nicht als Ausschlusskriterium gelten, weil insbesondere der Baumfalken-Brutplatz weder einen Tabu- noch einen Restriktionsbereich gemäß TAK hat. Es kommt insofern auf eine Einzelfallprüfung im Einzelvorhaben-Genehmigungsverfahren und die Frage an, ob dann tatsächlich das Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG einschlägig wäre.</p> <p>Schließlich sei eine Einschränkung der möglichen Bauhöhen von Windenergieanlagen auf 150 m wegen der Beeinflussung der Luftverteidigungs-Radaranlage Berlin-Tempelhof gegeben. Im benachbarten Trebbin wird derzeit der B-Plan „Windpark Christinendorf/Lüdersdorf“ aufgestellt, dessen räumlicher Geltungsbereich bis zur Gemeindegrenze Am Mellensee/ Trebbin verläuft und der das im Regionalplanentwurf ausgewiesene Eignungsgebiet „Trebbin-Lüdersdorf“ ausschöpft. Im Aufstellungsverfahren hat sich der Plangeber bereits mit der Radaranlage auseinandergesetzt. Deshalb wurde für das Maß der baulichen Nutzung folgendes festgesetzt:</p> <p>„Als ein Maß der baulichen Anlagen wurde innerhalb der Nutzungsschablone im Teil A: Planzeichnung eine maximale Spitzenhöhe der WKA festgesetzt. Für die Sonstigen Sondergebiete mit der Bezeichnung SO1, SO2, SO3, SO\$ und SO% sind dies 200,0 m über der Geländeoberkante. Für die Sonstigen Sondergebiete mit der Bezeichnung SO6 und SO17 wurden 180,0 m festgesetzt. Die unterschiedlichen Höhenfestsetzungen sind ein Ergebnis der Berücksichtigung militärischer Belange bei der Planung. WKA können unter gewissen Bedingungen in den Radarbereich hineinragen. Dann müssen sie auf Radialen vom Standort der Radaranlage liegen, die einen gewissen Winkel voneinander haben. Im B-Plan liegen die WKA CD 1 + 2, CD 4 + 5 und CD 3 auf jeweils einer Radiale... Durch die Reduzierung der Höhe der Anlagen stellen sie für das Radar keine Einschränkung dar.“ (Entwurf der Begründung zum B-Plan „Windpark Christinendorf/Lüdersdorf“, Stand 08.10.2013, Pkt. 5.2.2, Hervorhebungen durch Unterzeichner).</p> <p>Der als Anlage beigefügte Auszug aus der Planzeichnung zum B-Plan zeigt die Baufenster „SO4“ und „SO5“. Diese liegen, wie eben zitiert, auf einer Radiale. Deren Gesamtbauhöhe wurde in Übereinstimmung mit den Vorgaben der Luftfahrt auf maximal 200 m über der Geländeoberkante festgesetzt. Die nicht ausgewiesene Konzentrationsfläche befindet sich ebenfalls im Bereich dieser Radiale, wie in der Anlage skizziert. Das bedeutet, ihr Argument zur Ablehnung des Gebiets trifft nicht zu,</p>		

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>weil eine Gesamtbauhöhe von 200 m trotz Radaranlage möglich ist.</p> <p>Nur der Vollständigkeit halber wollen wir darauf hinweisen, dass die im Teil-FNP ausgewiesene Konzentrationsfläche „Zwischen den Schießbahnen“ nicht im Regionalplan Havelland-Fläming ausgewiesen ist und damit den mittlerweile in Aufstellung befindlichen Zielen der Raumordnung widerspricht.</p> <p>Im Ergebnis ist die Potenzialfläche „Nordwestlich Gadsdorf“ als Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung auszuweisen.</p>		
<p><b>ENERTRAG Aktiengesellschaft Gut Dauerthal 17291 Dauerthal</b></p>	<p><b>Anregung vom 13.12.2013</b></p>	
<p>Wir haben die ausliegenden Informationen und Unterlagen zum 2. Entwurf des im Be- treff genannten Teilflächennutzungsplans eingesehen. Wir möchten im Folgenden Stel- lung nehmen.</p>		
<p><b>1. „Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung“</b></p> <p>Die ausgewiesene „Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung“ wurde angelehnt an die beschlossenen regionalplanerischen Kriterien der Planungsgemeinschaft Havel- land-Fläming ausgewählt.</p> <p>Die ENERTRAG AG unterstützt die Initiative der Gemeinde Am Mellensee.</p> <p>Wir sind jedoch der Auffassung, dass die ehemalige militärische Liegenschaft Speren- berg/Kummersdorf Gut in ihrem Gesamtzusammenhang planerisch zu betrachten ist.</p> <p>Die ehemalige militärische Liegenschaft Sperenberg/Kummersdorf Gut befindet sich auf dem Gebiet der Gemeinden Nuthe – Urstromtal und Am Mellensee. Die Gemeinde Am Mellensee beabsichtigt gemäß vorstehend genannten Teilflächennutzungsplan plane- risch Teilflächen der Liegenschaft, „ Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung – Zwischen den Schießbahnen gemäß § 5 Abs. 2b BauGB“, als Windeignungsgebiet auszuweisen. Die von der Gemeinde Am Mellensee im Teilflächennutzungsplan ausge- wiesenen Flächen für Windkraftnutzung sind im Entwurf des Regionalplanes Havelland- Fläming nicht als Eignungsgebiet Wind ausgewiesen.</p> <p>Die objektiven örtlichen Gegebenheiten ermöglichen die Errichtung und Umsetzung eines Modellprojektes zur Umwandlung von Lastspitzen einer volatilen Windenergies- tromproduktion (auf der Liegenschaft Sperenberg / Kummersdorf Gut) mit Hilfe eines Wasserstoffsystems und Nutzung einer bestehenden Gasinfrastruktur (Speicher +Turbine) am Standort Thyrow zur versorgungssicheren Energieerzeugung im Rahmen</p>	<p>Information, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Gemeinde unterstützt Projektideen, die die Nutzung der Windenergie von der Kon- zentrationenfläche in einen größeren planeri- schen Zusammenhang stellen und die aus Windkraft gewonnene Energie mit weiteren Technologien noch besser verfügbar bzw. speicherbar machen.</p> <p>Nur so kann langfristig die Versorgungssi- cherheit mit erneuerbaren Energien gewähr- leistet werden.</p>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>der Umsetzung der Energiestrategie 2030, in der u.a. Gas als eine der Brückentechnologien für eine nachhaltige Zukunft angesehen wird.</p> <p>Das Land Brandenburg kann sich mit diesem industriellen Großprojekt zur Wasserstoffherzeugung und bedarfsgerechten Stromversorgung bundesweit und international als Vorreiter für die Nutzung von „Power-to-Gas-Technologien“ positionieren und als Flächeneigentümer die Umsetzung der Leitprojekte im Rahmen der Energiestrategie forcieren. Dazu sollte die Liegenschaft Sperenberg/Kummersdorf Gut nicht in einzelnen Losen vergeben und planerisch aufgeteilt werden, sondern als „geschlossenes Energieprojekt“ umgesetzt werden.</p> <p>Nur bei einer ausreichenden Projektgröße ist eine technisch sinnvolle Umsetzung möglich und nur dann können die systemischen Mehrkosten aufgefangen werden. Auch ein Kommunaler Windpark auf Teilflächen der vorgenannten Liegenschaft kann sich in das Gesamtkonzept eingliedern und zum Gelingen des Modellprojektes einen entscheidenden Beitrag leisten.</p> <p>Der mit diesem Projekt zur Umsetzung der Energiestrategie verbundene Raumnutzungseingriff sollte als energiewirtschaftlicher Belang (Forschung und Entwicklung) sowohl auf der Planungsebene der Regionalplanung als auch im Rahmen der kommunalen Flächennutzungs- und Bauleitplanung Berücksichtigung finden.</p>		
<p><b>2. „Potenzialflächen für die Windenergienutzung“ in der Gemarkung Rehagen</b></p> <p>Diese Fläche wurde von uns bereits vor einigen Jahren als potentielle Eignungsfläche betrachtet. Wir waren hier fachplanerisch aktiv und haben einen Großteil der Fläche vertraglich gebunden. Diese Fläche sollte als Potentialfläche erhalten bleiben, da unserer Ansicht nach einzig das Abstandskriterium von 5km zwischen Windeignungsgebieten gemäß des im Entwurf befindlichen Regionalplans entgegensteht.</p> <p>Das aufgeführte Kriterium zum Schutz des Weißstorchs kann von uns nicht nachvollzogen werden. Unsere Begründung:</p> <p>Im 3 km Umkreis um die 124 ha große Vorhabenfläche Rehagen bestehen vier Weißstorch-Horste. Diese haben zur Vorhabenfläche folgende Entfernung und Lage:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1.300 m westlich Gadsdorf</li> <li>1.600 m nordöstlich Saatow</li> <li>1.900 m östlich Mellensee</li> <li>1.600 m südöstlich Rehagen</li> </ul> <p>Die Horste und Bruten der vier Weißstorchfamilien werden durch Windkraftanlagen auf</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Potenzialfläche westlich Rehagen wird nicht als Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung dargestellt. Begründung: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aus Vorsorgegründen legt die Gemeinde Am Mellensee einen Abstand zwischen WEA und Wohnnutzung von 1.200 m fest, bei dem unter Berücksichtigung der modernen größeren WEA nach Einschätzung der Abt. Techn. Umweltschutz des LUGV nicht mehr mit nachteiligen Auswirkungen auf schutzwürdige Nutzungen zu rechnen ist.</li> <li>- die Fläche ist vollständig als Nahrungs-</li> </ul> </li> </ul>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>der Vorhabenfläche Rehagen aufgrund dieser Entfernungen nicht beeinträchtigt. Der Schutzbereich von 1.000 m gemäß TAK<sub>1</sub> wird deutlich eingehalten.</p> <p>Quelle 1: Tierökologische Abstandskriterien für die Errichtung von Windenergieanlagen in Brandenburg (TAK) Stand 15.10.12, Anlage 3 zum Windkrafteinsatz</p> <p>Darüber hinaus definieren die TAK einen Restriktionsbereich von 3.000 m. Darin soll geprüft werden, ob Nahrungsflächen und Flugwege dorthin durch die Windkraftplanung betroffen werden könnten. Auf der Vorhabenfläche Rehagen wird intensiv Landwirtschaft betrieben. Diese Flächen sind allenfalls kurzzeitig nach der Mahd für den Weißstorch zur Nahrungssuche geeignet. Eine Beeinträchtigung dieser temporär nutzbaren Nahrungsfläche wird nicht prognostiziert, da sich Weißstörche bei der Nahrungssuche auch in unmittelbarer Nähe zu Windkraftanlagen aufhalten und keine Meideabstände einhalten<sup>2</sup>.</p> <p>Quelle 2: Möckel, R. &amp; T. Wiesner 2007: Zur Wirkung von Windkraftanlagen auf Brut- und Gastvögel in der Niederlausitz (Land Brandenburg). Otis 15, Sonderheft: 1-133</p> <p>Nur ein sehr kleiner Teil im Nordwesten der Vorhabenfläche sowie daran angrenzende Bereiche Richtung Norden werden als Grünland bewirtschaftet. Hier kann für die Weißstörche ein besseres Nahrungsangebot bestehen, insbesondere wenn die Wiesen nass sind. Dieser Bereich befindet sich aber nicht zwischen Horst und Windkraftanlagen, so dass keine Kollisionsgefahr entsteht.</p> <p>Die Gefährdung des Weißstorchs durch Kollision mit Windkraftanlagen ist ohnehin gering. Bundesweit wurden in einem Zeitraum über 15 Jahre insgesamt 32 Weißstörche gefunden, also im Durchschnitt 2 verunglückte Weißstörche pro Jahr. Die Dunkelziffer dürfte bei diesem großen Vogel mit gut sichtbarem Gefieder nicht so hoch sein. Der bundesweite Weißstorch-Bestand beläuft sich auf etwa 12.500 Tiere insgesamt.</p> <p>Die Vorhabenfläche ist keine Hauptnahrungsfläche für die Weißstörche der umliegenden Ortschaften. Als Hauptnahrungsflächen sind kleinteilige Grünlandbereiche in unmittelbarer Umgebung des jeweiligen Horstes anzusehen.</p>	<p>habitat für Weißstörche der Umgebung geeignet und wird von diesen angenommen. Die Gemeinde betrachtet den Schutz der verbliebenen Weißstorchstandorte als ein wichtiges Element des Naturhaushaltes.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Fläche wird durch die breite Trasse der Hochspannungsleitungen zerteilt mit notwendigen seitlichen Abstandsflächen.</li> <li>- WEA im offenen Raum zwischen Gadsdorf, Saalow, Rehagen und Alexanderdorf würden unter Berücksichtigung der in der Gemarkung Lüdersdorf schon zahlreich vorhandenen WEA zu einem „Umzingelungseffekt“ insbesondere bezüglich der Ortslage Gadsdorf führen.</li> <li>- Unter Berücksichtigung der genannten „weichen Kriterien“ unterschreitet die möglicherweise verbleibende Fläche das Mindestgrößen-Kriterium erheblich.</li> </ul>	
<b>J. Faberius A Niederfließ 10a 15838 Am Mellensee</b>	<b>Stellungnahme vom 12.12.2013</b>	
<p>In der Gemeinde gibt es wenige Standorte für die konfliktlose Errichtung eines Windparks. Am Standort 4 wurde nur die Heeresversuchsanlage als Tabuzone erwähnt. Wir sind der Meinung, dass der Wald in erster Linie zur Tabuzone werden sollte.</p> <p>Es gibt in Brandenburg genug Standorte, die problemlos für die Errichtung von WEA hergezogen werden können. Da muss hier nicht mit Gewalt ein Windpark im Wald errichtet werden. Außerdem sind hier erhöhte finanzielle Aufwendungen erforderlich,</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Widerspruch gegen die Konzentrationsfläche „Zwischen den Schießbahnen“ mit der Lage im Wald wird zurückgewiesen. Die genannte Konzentrationsfläche wird beibehalten. Begründung: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die verschiedenen Standorte in der</li> </ul> </li> </ul>	

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss Gemeinde
<p>um eine Kampfmittelbeseitigung durchführen zu können.</p> <p>Unsere Ortskenntnis sagt uns weiterhin: Die vorhandenen Wege reichen nicht aus und sind durch Belastung und der geringen Breite nur beschränkt nutzbar.</p> <p>Das heißt auf jeden Fall Rodung, Befestigung und erhöhte finanzielle Aufwendungen.</p> <p>Dazu kommt noch, dass jeder einzelne Standort einer WEA ebenfalls umfangreich gerodet werden muss, denn wir befinden uns in einem geschlossenen Waldgebiet!</p> <p>Wie viele Anlagen geplant sind, konnten wir nicht ersehen. Wir erwarten aber bei eventueller Durchführung eine konkrete Festlegung der Anzahl, um ein zweites Lüdersdorf zu verhindern.</p> <p>Jedenfalls sagen wir: Windenergiestandorte gehören nicht in den Wald und legen deshalb aus den genannten Gründen Widerspruch gegen den Standort 4 ein.</p>	<p>Gemeinde Am Mellensee wurden untersucht und vergleichend abgewogen. Es gibt in der Gemeinde Am Mellensee <u>keine genügend große Flächen in der Offenlandschaft</u>, die die Ausweisung einer „Konzentrationsfläche“ rechtfertigen und nicht mit Belangen des Immissions-schutzes und des Natur- und Artenschutzes kollidieren.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die geplante Konzentrationsfläche befindet sich zwar im Wald, allerdings ist die dort vorhandene Nutzungsstruktur so, dass schon bestimmte Erschließungstrassen vorhanden sind und insgesamt relativ wenig in geschlossene Hochwaldbestände eingegriffen werden muss.</li> <li>- Windenergie im Wald wird nicht mehr generell ausgeschlossen, wenn keine Wälder mit Schutzfunktion betroffen sind.</li> <li>- Außerdem wird eingeschätzt, dass die Wirkung der WEA aus der gewählten Konzentrationsfläche auf die umgebende Landschaft deutlich geringer sein wird als aus der Offenlandschaft.</li> <li>- Über die Anzahl, die Größe und den konkreten Standort der einzelnen WEA muss im folgenden Bebauungsplanverfahren, welches noch nicht eröffnet ist, entschieden werden.</li> </ul>	